

Die Stärkung des Sozialen

Etablierung, Stärkung und Aufrechterhaltung von Strukturen und Netzwerken, die sozialer Ausgrenzung entgegenwirken

(Robert Reithofer, ISOP), Thesenpapier

„Was nützt es, als Einziger im Dorf einen vollen Magen zu haben?“

oder

Wo stehen wir eigentlich in unserem Kampf, eine wirklich humane Gesellschaft aufzubauen?

Ilija Trojanow

Vorbemerkungen

Netzwerke und Strukturen, die sozialer Ausgrenzung entgegenwirken:

- Frage nach sozialen Zusammenhängen und Beziehungen, in denen Menschen leben;
- Wer verfügt über soziales Kapital zur Durchsetzung von Interessen, aber auch von Selbst- und Fremdbildern? (Repräsentation);
- Was können soziale Netzwerke wie die im MigrantInnenbeirat zusammengeschlossenen Vereine bewirken?
- Was sind Grenzen eines diesbezüglichen Engagements, was mögliche Widersprüche?
- Wie steht es um die Verantwortlichkeiten kommunaler Politik?
- Werden von der Kommune Strategien zum Abbau sozialer Ausgrenzung verfolgt?

Politische & gesellschaftliche Rahmenbedingungen

- „Österreich ist ein Einwanderungsland ohne EinwanderInnen“ (Dilek Çinar), Graz entsprechend eine Zuwanderungsstadt ohne ZuwanderInnen;
- Politische Teilhabe existiert für MigrantInnen, die Drittstaatsangehörige sind, lediglich in verstümmelter Form als Zweiklassenwahlrecht;

- Rassismus und Diskriminierung sind tief, d.h. strukturell in unsere Gesellschaft eingeschrieben;
- Gesellschaftliche Dominanzverhältnisse: (re)produziert entlang geschlechts-, klassenspezifischer und ethnischer Grenzbeziehungen;
- Von gesellschaftlichen Spaltungen sind Menschen mit Migrationshintergrund weit überproportional betroffen (Arbeitslosigkeit, Armut...)
- „Armut macht fremd“ (August Gächter): „Ethnisierung“ politischer & gesellschaftlicher Handlungsfelder;

Integrationsverständnis: Inklusion versus Exklusion

- Netzwerke und Strukturen, die soziale Ausgrenzung minimieren und die Teilhabe von MigrantInnen fördern: abhängig vom Integrationsverständnis, davon, was als integrationsfördernd oder – hemmend angesehen wird;
- Integration: politische, soziale, rechtliche Gleichstellung (=Assimilation) bei gleichzeitigem kulturellem Pluralismus;
- Integrationsvereinbarung: beispielhaft für hegemoniales Integrationsverständnis (die „anderen“ als die „Integrationsunwilligen“...)
- „Regelsysteme“ der Mehrheitsgesellschaft, die nicht in einem antidiskriminatorischen Sinne interkulturell geöffnet sind; (z.B. Kommunalpolitik, Verwaltung – Magistrat Graz)
- Keine Gleichstellungspolitik, die in allen Belangen die Anliegen von Menschen mit Migrationshintergrund mitdenkt und in Folge organisiert und strukturell verankert;

Soziale Netzwerke: Benennen und Sichtbarmachen von Bedürfnissen

- Ethnische Selbstorganisation erfolgt oft unter widrigen Rahmenbedingungen; im besseren Fall geht es um gegenseitige Unterstützung, um Selbstbehauptung, um Selbstrepräsentation;
- Stärkung der Handlungskompetenz, wider paternalistische Bevormundung (nicht nur im Feld der Politik, Verwaltung vorherrschend, sondern auch bei NGOs eine laufende Gefahr bzw. positiv formuliert Herausforderung);

- Vorbereitende Arbeit der Vereine des MigrantInnenbeirates: beeindruckend, dass nicht identitätspolitisch aufgeladene Positionen und Forderungen vertreten werden;

Benannt und sichtbar gemacht werden existentielle Bedürfnisse und Anliegen:

- Bildung, Zugang zum Arbeitsmarkt und beruflicher Qualifizierung, zu Leistungen des Gesundheits- und Sozialsystems, gleichstellungsfördernde Maßnahmen für Frauen u.v.m.;
- Kritik rassistischer & populistischer und islamophober Politik;
- Solidarität über ethnische Grenzziehungen hinweg;
- vor allem soziale Probleme als Herausforderungen thematisiert: Arbeitslosigkeit, mangelnde Grundbildung, von denen Menschen mit Migrationshintergrund weit überproportional, aber nicht ausschließlich betroffen sind);

Zur Notwendigkeit die (Kommunal)Politik neu zu erfinden:

Transnationale & antidiskriminatorische Praxis

- Ethnische Selbstorganisationen und auch NGOs leisten im Integrations- und antirassistischen Feld u.a. über soziale Netzwerkarbeit unverzichtbar wichtige Arbeit;
- Allerdings: Dieses Engagement findet auf der Basis fehlender bzw. zumindest unzureichender gesellschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen statt;
- Bei aller Wichtigkeit der genannten Netzwerke: Sie können nicht strukturelle und politische Defizite kompensieren, die Herstellung struktureller Voraussetzungen zum Abbau sozialer Ausgrenzung kann nur Aufgabe der Politik sein;

Wie positionieren sich kommunalpolitische VerantwortungsträgerInnen zu folgenden Punkten:

- Antidiskriminierungs- und Antirassismuspolitik;
- Umfassende interkulturelle Öffnung öffentlicher Dienste bzw. von Regelangeboten (z.B. interkulturelle Öffnung des Magistrates: Organisationsentwicklung + Personalmanagement);
- Ein kommunales sozial- und arbeitsmarktpolitisches Programm, das programmatisch, strategisch und in seiner Umsetzung die

- Bedürfnisse von MigrantInnen durchgehend mitberücksichtigt und auf dieser Basis, wo notwendig, spezifische Angebote fördert;
- Wohnen / Stadt(teil)entwicklung (im Falle der Aufwertung von Bezirken: wie bleiben diese leistbar für Menschen mit niedrigeren Einkommen?);
 - Wenn Budget in Zahlen gegossene Politik ist: Welche zusätzlichen Mittel etwa aus Innovationsbudgets werden zum Abbau sozialer Ausgrenzung, für Integration und Antidiskriminierungsprogramme eingesetzt?
 -

Wie also übersetzt kommunale Politik, wie ihre VerantwortungsträgerInnen die Herausforderung einer transnationalen solidarischen WohnbürgerInnenschaft in eine antidiskriminatorische Praxis, die sich nicht in symbolischen Diskursen und vereinzelt Projekten erschöpft, wie also werden Strategien entwickelt und kurz-, mittel- und langfristig umgesetzt.

Dies meint die von Bourdieu eingemahnte Neuerfindung der (Kommunal)Politik, nämlich an den Strukturen zum Abbau sozialer Ungleichheit und Ausgrenzung zu arbeiten. So gesehen haben starke soziale Netzwerke über ethnische Grenzziehungen hinweg auch die politische Aufgabe, RepräsentantInnen der Politik immer wieder an ihren eigentlichen Daseinszweck zu erinnern.

P.S.: Eine kurze Anmerkung zu Rechtsextremismus, politischem Rassismus und dem Extremismus der Mitte sowie zur „populistischen Lücke“ (Jörg Flecker)